

STASI 2.0

Seit einiger Zeit werden in Deutschland verschiedene Bürgerrechte massiv eingeschränkt - meist mit der Begründung, dadurch könne eine effektivere Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität gewährleistet werden:

Vorratsdatenspeicherung. Am 18.04.2007 hat das Bundeskabinett den von Justizministerin Brigitte Zypries vorgelegten Gesetzesentwurf zur Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Das Gesetz soll alle Anbieter von Kommunikationsdiensten (Telefon-, Internet-, Mailprovider usw.) dazu verpflichten, verdachtsunabhängig künftig die gesamten Verkehrs- und Standortdaten ihrer Nutzer über mindestens sechs Monate für staatlichen Zugriff vorrätig zu halten. Dazu gehören alle Internetidentitäten (IP-Adressen und Zeiten), alle E-Mailkontakte sowie die Information, wann man von wo aus mit wem telefoniert hat.

E-Pass. Seit 01.11.2005 sind alle neuen deutschen Reisepässe mit einem RFID-Chip versehen. Auf diesem Chip werden neben den üblichen Passdaten auch ein biometrisch verwertbares Passfoto, eine Unterschriftenprobe sowie ab November 2007 zwei Fingerabdrücke digital gespeichert. Alle Daten sind aus meterweiter Entfernung per Funk auslesbar - auch mit selbstgebauten Geräten - und nicht ausreichend verschlüsselt. Ab 2008 soll dem E-Pass der mit biometrischen Daten versehene E-Personalausweis folgen.

Online-Durchsuchungen. Um dem Staat heimlichen Zugriff auf gespeicherte Daten (Kontakte, Korrespondenz, Chatlogs, Browserhistory) zu gewähren, können staatliche Ermittler über das Internet unbemerkt Spionagesoftware („Trojaner“) auf Firmen- und Privatrechner einspielen. Am 25.04.2007 wurde bekannt, dass solche verdeckten Online-Durchsuchungen bereits seit 2005 auf Anordnung Otto Schilys durchgeführt werden, obwohl sie vom Grundgesetz und der Strafprozessordnung nicht gedeckt sind. In den Reihen der großen Koalition wird daher aktuell über eine Grundrechtsänderung zur „Schaffung einer gesetzlichen Grundlage“ von Online-Durchsuchungen debattiert.

Anti-Terror-Datei. Das seit 31.10.2006 gültige „Gemeinsame-Dateien-Gesetz“ dient als gesetzliche Grundlage zur Zusammenführung von über 100 Datenbanken verschiedenster staatlicher Institutionen, auf die nun die Polizei und Geheimdienste Zugriff haben. Dadurch wird der rechtsstaatliche Grundsatz der Trennung von Polizei und Geheimdiensten ausgehebelt: Die Polizei erhält Informationen, die von Geheimdiensten unter Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien beschafft wurden.

Elektronische Gesundheitskarte. Nicht zuletzt mangels ausgereifter IT-Sicherheit auch eine Bedrohung für Datenschutz und Bürgerrechte. Ärztliche Verordnungen werden künftig als sog. „E-Rezepte“ zentral gespeichert und können angeblich nur mittels eines digitalen Heilberufsausweises in Kombination mit der persönlichen Gesundheitskarte abgerufen werden. Die entsprechende zentrale Speicherung der lebenslangen Krankenakten aller Bürger ist vorgesehen.

Zum Weiterrecherchieren: Videoüberwachung, Wahlcomputer, §129a, Rasterfahndung, Großer Lauschangriff, Aufhebung des Bankgeheimnisses, Verwendung des Mautsystems zur Erstellung von Pkw-Autobahnbewegungsprofilen.

Warum solche Maßnahmen eine **große Gefahr für Rechtsstaat und Bürgerrechte** darstellen, für die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität aber sehr ineffektiv sind, soll hier am Beispiel der Vorratsdatenspeicherung diskutiert werden:

Generalverdacht. Alle Bürger werden ohne jeden Anlass wie Verdächtige behandelt, auch wenn keinerlei konkrete Hinweise auf eine Straftat bestehen.

Harmlose Verkehrsdaten? Zahlreiche Anbieter im Internet erstellen Verhaltensprofile, die mit einer IP-Adressprotokollierung personalisierbar werden. Dadurch wird präzise nachvollziehbar, wie sich ein Nutzer im Netz bewegt und welche Interessen, Vorlieben und Meinungen er hat. Aus den Telefon-Verkehrsdaten ist zu erkennen, wer mit wem einen engen oder flüchtigen Kontakt hat. Bei Mobiltelefonen wird zusätzlich der Standort registriert. Diese Daten sind also alles andere als harmlos – sie können als Grundlage zur Erstellung von Persönlichkeits- und Bewegungsprofilen jedes Bürgers dienen.

V.a. Menschen, die sich politisch kritisch engagieren, anonym Missstände gegenüber der Presse aufdecken wollen, zu weniger geschätzten Minderheiten gehören, an psychischen Problemen, chronischen Krankheiten oder finanzieller Not leiden und sich vertrauensvoll an Beratungsdienste, Ärzte, Anwälte etc. wenden wollen oder anderweitig Individualisten sind, die ihre Privatsphäre vor Ausspähung schützen wollen, können sich in einer Gesellschaft, in der jeder TK-Kontakt sowie deren Abfolge, jede Bewegung minutiös von möglicherweise übereifrigen Staatsdienern nachvollzogen werden kann und alle daraus resultierenden Verdachtsmomente auch durch illegale Datenschlupflöcher berufliche oder wirtschaftliche Folgen haben können, nicht mehr unbefangen und furchtfrei entfalten.

Analysemethoden digitaler Daten. Die Hoffnung, der Staat könne mit der Auswertung dieser Fülle an Daten überfordert sein, ist leider vollkommen unbegründet. Schon heute gibt es sehr ausgereifte Verfahren, die unter Anwendung von Methoden der künstlichen Intelligenz (Data-Mining) eine tief gehende, vollständig automatisierte semantische Analyse großer Datenmengen gestatten.

Unwirksam. Schon mit verhältnismäßig einfachen Mitteln und basalem technischem Wissen (Nutzung ausländischer Mobiltelefonkarten und Anonymisierungsdienste, eigener Mailserver..) lässt sich die Vorratsdatenspeicherung aushebeln. Sie trifft also eher unbedarfte Bürger, die vor derlei Aufwand zurückschrecken, nicht aber den Personenkreis, gegen den sie sich angeblich richtet: Das organisierte Verbrechen.

Kommt zur Kundgebung am 6.11. um 17Uhr am Reichstag !

Aus Anlass der anstehenden Abstimmung des Deutschen Bundestags am 8./9.11.07 über die Verschärfung der TK-Überwachung und der Vorratsdatenspeicherung ruft die Ortsgruppe Berlin des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung unter dem Motto „Freiheit statt Angst - Für die Grundrechte!“ zu einer Kundgebung am 6.11.2007 von 17 bis 19 Uhr auf dem Platz vor dem Reichstag auf.

Redner sind u.a. Hans-Christian Ströbele, MdB (B90/Grüne), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB (FDP), Petra Pau, MdB (Die Linke) und Prof. Rosemarie Will, Humanistische Union e.V.

Bitte bringt Laternen mit. Wer die Aktion finanziell unterstützen kann, bitte Spenden an: Humanistische Union e.V., VZ: "AK Vorrat", Kto: 30 74 200, BLZ: 100 205 00 (Bank für Sozialwirtschaft)

➤ Informiert Euch und unterstützt auch unsere Verfassungsbeschwerde:
www.vorratsdatenspeicherung.de